

IG Transparenz ♦ Zum Kronenborn 12 ♦ 53557 Bad Hönningen

Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz
Herr Minister Michael Ebling
Postfach 3280
55022 Mainz



11. November 2022

**Dortiges Aktenzeichen 1144-0004#2016/0002-0301334 vom 12.01.2022 -
Finanzaufsicht der ADD über defizitär wirtschaftende Kommunen,
Auswirkungen des Stopps der Fördermaßnahmen zu Nachhaltige Stadt, Wachstum u. nachhaltige
Entwicklung (STU), ISEK wg. mangelnder Kreditwürdigkeit der Stadt für die Bürger Bad Hönningens**

Sehr geehrter Herr Minister Ebling,

das Innenministerium fördert Kommunen und leitet sie über die ADD und Kreisverwaltungen in ihrem wirtschaftlichen Handeln. Mit o.g. Schreiben fordert ihr Ministerium defizitär arbeitende Kommunen, wie Bad Hönningen eine ist, auf, zu einer Verbesserung ihrer Finanzsituation beizutragen. Das in den Medien kommunizierte und in den Kommunen umgesetzte Mittel der Wahl ist die Erhöhung der Grundsteuerhebesätze. Zusätzlich wird pressewirksam eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation über das Land mittels PEK-Entschuldung kommuniziert.

Verschwiegen wird jedoch die Tatsache, dass solchen Kommunen keine weiteren Kredite zugesagt werden. In Bad Hönningen führt das zu der Besonderheit, dass ein vom Land gewährter großer Förderzuschuss, wie im Betreff erwähnt, gestoppt wird. Ein Förderzuschuss weckt Begehrlichkeiten für nicht unabwendbare Projekte. Bis dato sind so Planungskosten entstanden, die der Bürgerschaft nun im Rahmen einer wiederkehrenden Beitragssatzung anderer Baumaßnahmen verrechnet werden.

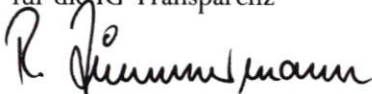
Beim Stadtrat scheint schließlich nur mangelnde Kreditwürdigkeit anzukommen. Von einer Verrechnung der Planungskosten für diese nicht unabwendbare Projekte an die Bürgerschaft wird nicht gesprochen. Dies können Sie auch an den Dokumenten im Zeitablauf nachvollziehen. Sehen Sie in der Anlage die beigefügten Dokumente in Bezug zum Ministerschreiben vom 12. Januar 2022.

Wie kann es sein, dass die Bürgerschaft für Pläne, die durch eine Förderzusage aus ihrem Hause überhaupt erst gestartet wurden, dann von den Bürgern zu tragen sind und keine Gegenleistung bieten? Warum werden diese nicht mit dem Förderprogramm verrechnet?

Der neue Anspruch des Landes, nur noch ausgeglichene Haushalte zu akzeptieren, treibt die Bürgerinnen und Bürger Bad Hönningens zusätzlich zu den Steuererhöhungen in Bezahlung von Planungskosten ohne Gegenleistung über den wiederkehrenden Beitrag (wkB), während das Land mit dem Stopp von Kreditzusagen im Rahmen älterer Förderzusagen durch die Hintertür Geld einspart.

Wir bitten Sie daher, die Abrechnung über die Fördermittel zu ermöglichen und die Kommune anzuweisen, diese wkB-Abrechnung um diese Planungskosten (mindestens den Bürgeranteil) zu korrigieren.

Mit freundlichen Grüßen
für die IG Transparenz


Rolf Zimmermann

Anlagen – Übersicht an Dokumente zum Vorgang seit Jahresbeginn

- Ministerschreiben vom 12. Januar 2022 und ADD-Schreiben vom 23. Februar 2022
- Kreisausschussunterlagen vom 04. April 2022
- Beschluss über die aufgelaufenen Förderkosten vom 06. April 2022
- Beschluss aus der Ratssitzung vom 13. Juli 2022

PS:

Die IG Transparenz ist eine Bürgerinitiative in Bad Hönningen, die sich im Rahmen der Einführung des wiederkehrenden Beitrags in Bad Hönningen konstituiert hat. Der Name ist Programm. So gibt sie den Bürgern Hilfe zur Selbsthilfe bei diesen intransparenten Abrechnungen im Rahmen einer unsinnig aufwändigen Satzung mit drei Abrechnungsgebieten für eine kleine Kommune mit ca. 6000 Einwohnern, was auch dazu führt, dass nur ein Bereich diese Planungskosten tragen muss. Diese Planungskosten wurden in der Abrechnung mit anderen Projekten vermischt dargestellt, so dass die Höhe der Planungskosten den Bürgern nicht transparent wird. Die Befürchtungen der Bürgerschaft, dass dieser wiederkehrende Beitrag zu einer wundersamen Geldsammelstelle für die Kommunen wird, treten so langsam ein.